



Fotos: Wolfgang Borrs

Der ver.di-Saal war mit 160 Teilnehmer*innen bis auf den letzten Platz belegt, darunter waren auch viele SoVD-Mitglieder aus dem Bundesverband, den Landesverbänden sowie des SoVD-Präsidiiums und des -Bundesvorstandes.

15. Frauen-Alterssicherungskonferenz erhebt Forderung: „Gute Arbeit – gute Rente – gutes Leben!“

Grundrente ohne Bedürftigkeitsprüfung

Am 28. August fand die 15. Frauen-Alterssicherungskonferenz in Berlin statt. Veranstalter waren der SoVD und ver.di. Im Mittelpunkt der Diskussionen und Reden stand das Konzept von Arbeitsminister Hubertus Heil (SPD) für eine Grundrente ohne Bedürftigkeitsprüfung. Eine gemeinsame Resolution von SoVD und ver.di schloss die Veranstaltung ab.

SoVD-Bundesfrauensprecherin Edda Schliepack und ver.di-Bundesvorstandsmitglied Stefanie Nutzenberger eröffneten den Kongress und erläuterten, warum Altersarmut besonders Frauen betrifft.

Erster Redner war ver.di-Vorsitzender Frank Bsirske. Er belegte mit vielen Zahlen, dass mit der heutigen Rentenpolitik Millionen Arbeitnehmer*innen trotz jahrzehntelanger Arbeit und Beitragszahlung auf eine Rente auf Grundsicherungsniveau zusteuern. Eine Grundrente würde deren Lebensleistung anerkennen und sei keine Fürsorgeleistung wie die Grundsicherung. Daher sei eine Bedürftigkeitsprüfung nicht angebracht. Bsirske rechnete zudem vor, dass sich eine Grundrente durchaus aus Steuermitteln finanzieren lasse.

Staatssekretär Dr. Rolf Schmachtenberg vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales bekräftigte den Willen der SPD, die von Minister Heil konzipierte Grundrente ohne Bedürftigkeitsprüfung

durchzusetzen. Dann käme sie zu 80 Prozent Frauen zugute – mit Prüfung, wie es die CDU möchte, wären es nur circa 17 Prozent.

SoVD-Präsident Adolf Bauer stand als Nächster am Rednerpult. Er wies darauf hin, dass Deutschland im europäischen

Vergleich beim Gender Pension Gap (GPG) weit vorne liege.

Frauen erhielten über die Hälfte weniger Rente als Männer. Das liege daran, dass Frauen-erwerbsbiografien durch Kindererziehung, Pflege, familiär bedingte Teilzeitarbeit und schlechtere Bezahlung kaum auf die erforderlichen Beitragsjahre und -zahlungen für eine auskömmliche Rente kämen. Bauer stellte die Positionen des SoVD dar, der sich unter anderem für Gleichberechtigung auf dem Arbeitsmarkt einsetze, denn das Einkommen entscheide über die spätere Rente.

Bevor es in die Mittagspause ging, hatte das Publikum Gelegenheit, Fragen zum Thema an

das Podium zu stellen. Es wurde deutlich, dass die Betroffenheit groß war, persönlich oder beruflich bedingt.

Nach der Mittagspause referierte ver.di-Bundesvorstandsmitglied Dagmar König über die Situation der Frauen auf dem Arbeitsmarkt. 70 Prozent der atypisch Beschäftigten, 60 Prozent der geringfügig Beschäftigten und 30 Prozent in der Leiharbeit seien Frauen. Diese Beschäftigungsformen ergäben einen niedrigen Rentenanspruch. Dazu komme, dass Frauen häufig in sozialen Berufen arbeiten, die gesellschaftlich wertvoll seien, aber weniger honoriert würden als technische „Männerberufe“. Hier sei eine Veränderung der Wertschätzung angebracht.

Als Nächstes sprach Brigitte L. Loose, Leiterin des Forschungsnetzes Alterssicherung der Deutschen Rentenversicherung (DRV). Sie zeigte sich optimistisch, dass der bestehende GPG von jetzt 53 Prozent sich weiter verringern werde, weil immer mehr jüngere Frauen berufstätig seien.

Dr. Judith Kerschbaumer, Leiterin Sozialpolitik bei ver.di, ging in ihrem Vortrag auf die Idee ein, das Renteneintrittsalter zu erhöhen. Sie erteilte ihr eine klare Absage. Das Arbeitsleben beeinflusse die Lebenserwartung. Wer körperlich hart gearbeitet habe, mit Familie und Job doppelt belastet sei und wenig verdiene, habe eine kürzere Lebenserwartung und beziehe damit auch weniger Rente. Eine Verlängerung der Lebensarbeitszeit käme de facto einer Rentenkürzung gleich.

Dr. Simone Real, Referentin für Frauen- und Familienpolitik beim SoVD, moderierte den



Dagmar König
Mitglied ver.di-Bundesvorstand



ver.di-Bundesvorstandsmitglied Dagmar König und SoVD-Präsident Adolf Bauer nahmen an der Podiumsdiskussion teil.

Nachmittag und sprach zusammen mit Karin Schwendler, Leiterin des Bereichs Frauen- und Gleichstellungspolitik bei ver.di, das Schlusswort.

Es herrschte bei allen Anwesenden ein Konsens darüber, dass die Grundrente die Altersarmut nicht beseitigt, aber dass sie ein erster und wichtiger Schritt in die richtige Richtung sei. Grundrente sei ein Mindestsicherungselement, zu dem noch andere Sicherungselemente wie zum Beispiel Freibeträge und Wohngeld kommen müssten.

Grundrente sei eine „Respektrente“, weil sie die Lebensleistung derjenigen honoriert,

die jahrzehntelang gearbeitet haben. Eine Bedürftigkeitsprüfung sei abzulehnen, denn die Rentner*innen seien keine Bittstellenden, sie haben Beiträge eingezahlt. Das Einkommen des Partners oder Vermögen dürfe nicht aufgerechnet werden, wie es die Befürwortenden einer Bedürftigkeitsprüfung verlangen.

Eine gemeinsame Resolution von SoVD und ver.di fasste zum Abschluss der Veranstaltung die Forderungen zur Grundrente ohne Bedürftigkeitsprüfung zusammen. Sie ist nachzulesen im Internet unter: www.sovd.de/fileadmin/downloads/veranstaltungen/Resolution-FASK_2019.pdf. bg

Ein klares Nein aller Anwesenden zur Bedürftigkeitsprüfung



SoVD-Bundesfrauensprecherin Edda Schliepack (links) und ver.di-Vorstandsmitglied Stefanie Nutzenberger begrüßten die Gäste und führten in das Thema der Konferenz ein.



Frank Bsirske – bis Ende September ver.di-Vorsitzender – und Rolf Schmachtenberg, Staatssekretär im Arbeitsministerium.